

Sicheres Arbeiten im Werkvertrag

ID 070483

Inhalt

- Merkmale Werkvertrag
- Vertragsgestaltung
- Arbeitsschutz beim Werkvertrag

ID 070484



Werkvertrag - § 631 Abs. 2 BGB

Das versprochene Werk kann in der

Herstellung oder Veränderung einer Sache,

aber auch in einem anderen durch

Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführenden Erfolg bestehen.

ID 070485



Typische Werkverträge

- Bauarbeiten
- Reparaturarbeiten
- fast alle handwerklichen Tätigkeiten (z. B. Möbelfertigung, Malerarbeiten, Installationen)
- Transport- und Beförderungsleistungen (z. B. Taxi)
- Erstellung von Gutachten und Plänen
- geistige, künstlerische/wissenschaftliche Leistungen (z. B. Software, Einrichten EDV-Terminal)

ID 070486



Merkmale Werkvertrag

- Vereinbarung und Erstellung eines konkret bestimmten Werkergebnisses
- Dispositionsfreiheit des Werkunternehmers
- Unternehmerrisiko des Werkunternehmers

ID 070487



Vereinbarung eines konkreten Werkergebnisses

Beispiele

- Reparatur eines Autos:
am Ende der Tätigkeit ist der Fehler behoben
- Busfahrt nach Rom:
am Ende der Tätigkeit am Zielort angekommen
- Malerarbeiten:
am Ende der Tätigkeit ist das Zimmer gestrichen
- Bestellung eines Maßanzuges:
am Ende der Tätigkeit ist der Anzug fertig

ID 070488



Dispositionsfreiheit des Werkunternehmers (1)

- Eigenverantwortliche Organisation aller sich aus der Übernahme ergebenden Handlungen hinsichtlich
 - Art, Inhalt, Durchführung und zeitlichem Umfang, Arbeitsmittel und Personal
- Kein Einfluss des Bestellers

ID 070489



Dispositionsfreiheit des Werkunternehmers (2)

Personelle Hilfsmittel

Mitarbeiter, Vorgesetzte, Führungskräfte

Sächliche Hilfsmittel

Betriebsstoffe, Betriebsmittel, Werkzeug, Maschinen

Verfügungskompetenz

Eingesetzte AN (Zahl, Qualifikation, Person), Arbeitszeit, Einsatzort, Überstundenanordnung, Überwachung

ID 070490

Organisation

- Weisungsrecht nur beim Werkunternehmer
- keine Eingliederung in die Arbeitsabläufe des Bestellers

ID 070491

Inhalte des Werkvertrages

Genaue Beschreibung von Rechten und Pflichten

- Leistungsbeschreibung (Art der Leistung, Beginn, Fertigstellung, Personal, Durchführung, Arbeitsmittel)
- Berechtigungen und Verbote
- Informations- und Kontrollrechte
- Abnahme vereinbaren, Gewährleistung
- Haftung, Kündigung, Vertragsstrafen, Verfahren bei Verstößen
- Kosten, Zahlungsvereinbarungen
- Vereinbarungen zur Zusammenarbeit und zum Arbeitsschutz (Arbeitsschutzvereinbarung)

ID 070492

Hauptleistungspflichten im Werkvertrag

Werkunternehmer

mängelfreie und rechtzeitige Herstellung, sowie Ablieferung des Werkes

Besteller

Abnahme des Werkes und Zahlung der vereinbarten Vergütung

ID 034723

Maßnahmen des Arbeitsschutzes

Arbeitsschutzmaßnahmen beim Werkvertrag

Werkunternehmer

Besteller

ID 070493



Probleme beim Partnerfirmeneinsatz

- Beschäftigte an wechselnden Arbeitsplätzen und in „Fremdbetrieben“ sind erhöhtem Gefährdungspotenzial ausgesetzt.
- Orts- und sachunkundige Personen greifen störend in den Betriebsablauf des Bestellers ein.
- Gefährdungen durch die Tätigkeit der Partnerfirma.
- Gefährdungen ausgehend vom Besteller.

ID 070494

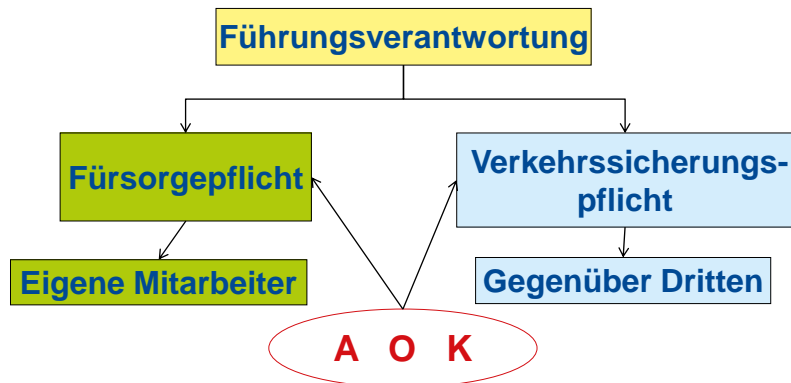


Sicherheitsrisiken bei Partnerfirmeneinsatz

- Partnerfirma kennt Umgebungsgefahren beim Auftraggeber nicht
- Partnerfirma bleibt sich selbst überlassen
- Unternehmensbereiche des Bestellers haben keine Kenntnis, dass Partnerfirma tätig wird und wann welches Gefahrenpotenzial herein getragen wird
- Unterweisung der Beschäftigten des Bestellers zum Verhalten gegenüber Partnerfirmenpersonal fehlt

ID 034746

Verantwortungsbereiche



ID 070495

Unternehmerverantwortung des Bestellers

Auswahlverantwortung

Eigener Bereich: Führungskräfte, Mitarbeiter

Partnerfirma: geeigneter Vertragspartner

Organisationsverantwortung

Eigener Bereich: klare Strukturen mit eindeutigen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen, Verkehrssicherungspflicht, Unterweisungen

Partnerfirma: Verpflichtung zu sicherheitsgerechtem Verhalten, Ansprechpartner, Verkehrssicherungspflichten, Einweisen

Kontrollverantwortung

Eigener Bereich: Aufsicht der eigenen Mitarbeiter

Partnerfirma: Überwachung auf Zuverlässigkeit und ergänzende Sicherheitsüberwachung

ID 070496



Pflichten des Bestellers

§ 5 Abs. 3 DGUV Vorschrift 1

Unterstützung der Partnerfirma bei der Gefährdungsbeurteilung bezüglich der betriebsspezifischen Gefahren

Grund: Beseitigung von Informationsdefiziten über die im Einsatzbetrieb bestehenden Gefahren

ID 070497



Unterstützung der Partnerfirma

Das bedeutet:

- Erkenntnisse über eigene Gefährdungsbeurteilung mitteilen
- gegenseitige Gefährdungen ermitteln
- Maßnahmen abstimmen und festlegen
- Bei besonderen Gefahren Koordinator mit Weisungsbefugnis ausstatten

ID 070498



Pflichten des Bestellers

- Einweisung des Werkunternehmers (verantwortlicher Ansprechpartner!)
- Unterweisung der betroffenen eigenen Mitarbeiter (auf Basis gemeinsamer GFB)
- Überwachung auf Zuverlässigkeit
- Ergänzende Sicherheitsüberwachung
(= Vergewissern und unmittelbarer Eingriff bei Gefahr im Verzug)
- Kontakte zu Subunternehmern nur über Werkunternehmer

ID 070499



Pflichten des Werkunternehmers

- Sicherheitsvorschriften beachten
- Auswahl geeigneter Mitarbeiter
- Unterweisung der Mitarbeiter
- Einsatz von Aufsichtsführenden/Ansprechpartnern vor Ort
- Einweisung von Subunternehmern
- Weitergabe von Sicherheitsverpflichtungen an Subunternehmer
- Überwachung von Subunternehmern
- Meldung von Subunternehmen an den Besteller

ID 070500



Aufsichtsführender (1)

Als Aufsichtsführender darf nur bestellt werden, wer

- ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen in den betreffenden Aufgabenbereichen hat,
- Kenntnisse über mögliche Gefahren und anzuwendende Schutzmaßnahmen hat sowie
- Kenntnisse über die betriebsinterne Organisation besitzt.

ID 070501



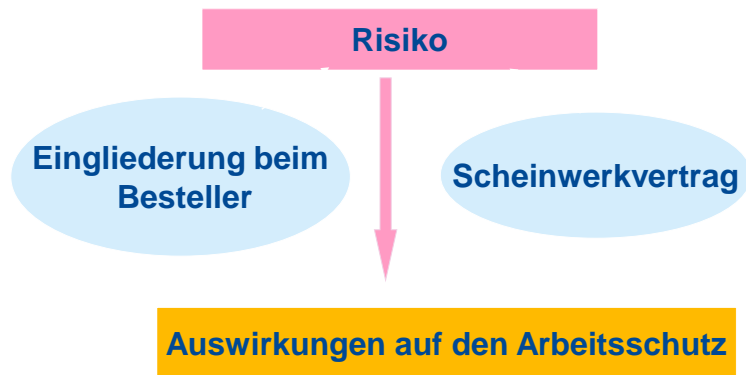
Aufsichtsführender (2)

Überwachung durch Aufsichtsführenden setzt dessen Anwesenheit vor Ort voraus.

Er ist weisungsbefugt.

ID 070502

Risiko beim Werkvertrag



ID 070503

Problembeschreibung

Es ist nicht gut, wenn

- Mitarbeiter eines Werkunternehmers von den Mitarbeitern des Bestellers „herumgeschubst“ werden,
- offensichtliche Dienstleistungen durch geschickte Vertragsformulierungen als Werkvertrag verkleidet werden sollen,
- der Werkunternehmer seine notwendigen Hilfsmittel ständig aus dem Magazin des Bestellers ausleiht.

Alles nur Kleinigkeiten, aber

ID 070504



Mögliche Folgen

Eingliederung im Betrieb

Werkvertrag wird

- für ungültig erklärt
- als Scheinwerkvertrag erklärt (z. B. bei Betriebsprüfung/im Gerichtsprozess)

Konsequenzen:

- Werkvertrag wird in AÜ umgewandelt
- Prüfung, ob Erlaubnis zur AÜ vorliegt

Risiko der unerlaubten AÜ

ID 070505



Was ist eine Eingliederung?

Eingliederung:

Wenn ein fremder Arbeitnehmer in die Arbeitsorganisation oder den Produktionsprozess des Bestellers eingegliedert ist.

Beurteilungskriterien:

- vorübergehende Tätigkeit von kurzer Dauer reicht aus
- Hilfeleistung ebenfalls, wenn sie über eine bloße Arbeitsberührung hinausgeht
- persönliches und wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis ist nicht nötig

ID 070506



Richtiges Vorgehen

Keine Eingliederung fremder Personen in die Betriebsorganisation des Bestellers.

Weisungen (wer, wie, wann) erteilt nur der Werkunternehmer.

Besteller darf nur Hinweis auf Auftragsausführung (was, wo) geben.

Nur **Einweisung**, keine **Unterweisung**.

Einweisung in die betriebsspezifischen Verhältnisse beim Besteller (z. B. Gefahrenquellen, Maßnahmen).

ID 070507



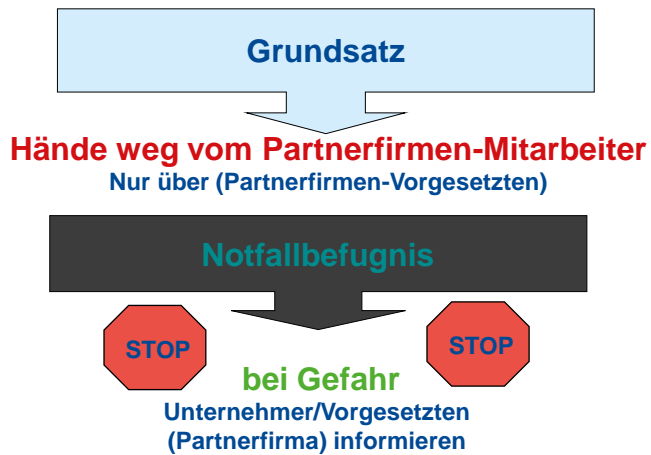
Eingriffe des Bestellers

zulässig: was + wo
werkvertragliche Vorgaben,
sach- und ergebnisorientiert,
betriebsspezifische Hinweise

unzulässig: wie + wer + wann
arbeitsvertragliche Ausführung
personenbezogene Arbeitsanweisungen

ID 070508

Merke



ID 070509

Sicheres Arbeiten in der Arbeitnehmerüberlassung

ID 070510



Arbeitnehmerüberlassung

Auch genannt:

Zeitarbeit
Leiharbeit
Personalservice
Personalleasing
...

ID 070511



Zeitarbeit – Rechtliche Grundlagen (1)

Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung
(Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom
3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158),
zuletzt geändert durch Artikel 1
vom 21. Februar 2017 (BGBl. I S. 258)

(Überlassungshöchstdauer max. 18 Monate, Equal-Pay nach 9 Monaten)

ID 070512



Zeitarbeit – Rechtliche Grundlagen (2)

- Arbeitsschutzgesetz
§ 12 Abs. 1 und 2 ArbSchG
- Arbeitssicherheitsgesetz
§ 5 Abs. 2 und § 2 Absatz 2 ASiG
- Siebtes Sozialgesetzbuch
§ 193 Absatz 1 SGB VII
- Betriebsverfassungsgesetz
§§ 7, 75 (1), 80 ff., 92 (1), 99

ID 070513

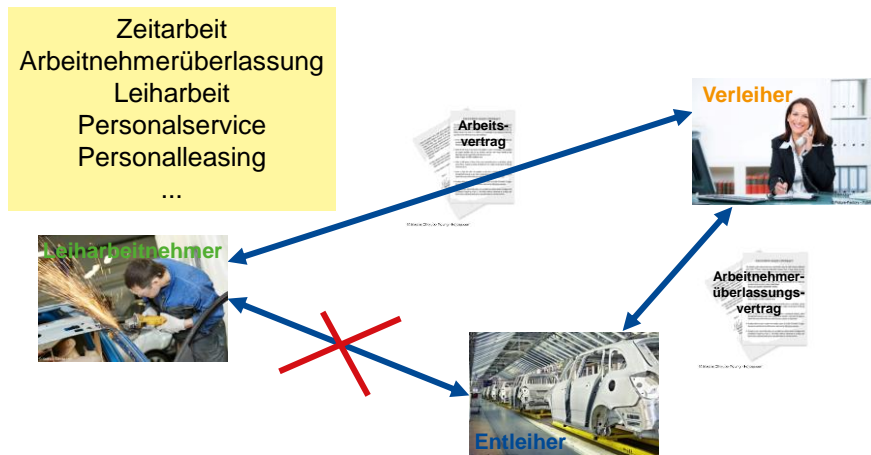


Zeitarbeit – Rechtliche Grundlagen (3)

- Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention“
§ 4 Abs. DGUV Vorschrift 1

ID 070514

Vertragsbeziehungen



ID 034775

Arbeitsschutz beim Einsatz von Zeitarbeit

- Rechtliche Grundlagen
- Probleme beim Einsatz von Zeitarbeitnehmern
- Rechtssicherer Überlassungsprozess

ID 070515



Fragen zur Zeitarbeit

1. Wer ist im Unternehmen gegenüber den Zeitarbeitnehmern weisungsbefugt?
2. Wer bezahlt die arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung?
3. Wer stellt und bezahlt die Persönliche Schutzausrüstung?
4. Wer ist für die Unterweisungen zuständig?
5. Kann bei Problemen der Leiharbeiter ausgetauscht werden?
6. Wo sind die Leiharbeiter gegen Unfälle versichert?
7. In welchen Fällen haftet Ihr Unternehmen?
8. Wer bezahlt die Sachschäden, die Zeitarbeiter verursachen?
9. Was kommt auf Ihre Fachkraft für Arbeitssicherheit und Ihren Betriebsarzt beim Einsatz von Zeitarbeit zu?
10. Wem sind Unfälle zu melden?

ID 070516



Zeitarbeit - Grundlagen

Warum werden Zeitarbeiter beschäftigt?

- Einsparung von Kosten
- Anpassung an wechselnde Auftragslage
- Konzentration auf Kernkompetenzen
- Vertretung (Urlaub, Krankheit, Mutterschaft)
- Projektbearbeitung
- ...

ID 070517

Zeitarbeit - Merkmale (1)



Wir wollen nur das Beste für ...???

ID 070518

Zeitarbeit - Merkmale (2)

- Bereitstellung geeigneter, arbeitsbereiter Arbeitnehmer
- Eingliederung der Arbeitnehmer in die Betriebsorganisation des Entleihers
- Weisungsrecht hinsichtlich Ausführung der Arbeitsleistung liegt beim Entleiher
- Keine Gewährleistung durch den Verleiher für die zu erbringende Leistung
- Pflichten des Arbeitsschutzes obliegen dem Entleiher und zwar unbeschadet der Pflichten des Verleihers
- Vergütung nach Zeiteinheiten

ID 070519



Zeitarbeit – Vorteile und Nachteile?

Vorteile aus Sicht des Entleihers

- Personal steht kurzfristig zur Verfügung
- kein Kündigungsschutz
- hohe Flexibilität
- projektbezogener Einsatz von Fachpersonal

Nachteile

- Einarbeitung immer erforderlich
- zusätzliche Belastung des Stammpersonals
- höherer Organisationsaufwand
- steigendes Unfallrisiko

ID 070520



AÜG – Erlaubnispflicht (ArbeitnehmerÜberlassungsGesetz)

Verleiher müssen eine Erlaubnis haben,
wenn sie gewerbsmäßig Entleihern
Leiharbeitnehmer zur Arbeitsleistung
überlassen wollen.

ID 070521



AÜG – Besonderheiten im Baugewerbe

Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung in Betrieben des Baugewerbes für Arbeiten, die üblicherweise von Arbeitern verrichtet werden, ist grds. verboten.

Aber es gibt 2 Ausnahmen:

- zwischen Betrieben des Baugewerbes und anderen Betrieben, wenn dies in einem für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, der diese Betriebe erfasst, geregelt ist.
- zwischen Betrieben des Baugewerbes, wenn der verleihende Betrieb nachweislich seit mindestens drei Jahren von denselben Rahmen- und Sozialkassentarifverträgen oder von deren Allgemeinverbindlichkeit erfasst wird.

ID 070522



AÜG - Erlaubnisfreiheit (1)

AÜ zwischen Arbeitgebern desselben Wirtschaftszweiges zur Vermeidung von Kurzarbeit oder Entlassung

Voraussetzung: Tarifvertrag sieht dies vor

Kollegenhilfe, d. h., wenn AG mit weniger als 50 AN zur Vermeidung von Kurzarbeit oder Entlassung AN ausleiht

(max. 12 Monate) – **Achtung: Anzeigepflicht**

Abordnung von Arbeitnehmern einer Arge zur Herstellung eines Werkes

ID 070523



AÜG - Erlaubnisfreiheit (2)

Konzerninterne AÜ,
d.h., wenn der Arbeitnehmer vorübergehend seine Arbeit bei einem anderen Unternehmen des Konzerns leistet.

AÜ ins Ausland,
wenn der Arbeitnehmer an ein deutsch/ausländisches Gemeinschaftsunternehmen verliehen wird, an dem der Verleiher beteiligt ist.

AÜ in Ausnahmesituationen
(z. B. in Hilfe- und Katastrophenfällen)

ID 070524



Ausländische Leiharbeiternehmer (§§ 15, 15 a AÜG)

Der Verleih bzw. das Entleihen von Ausländern

- ohne Aufenthaltstitel,
- Aufenthaltsgestattung oder
- Duldung,
die zur Ausübung der Beschäftigung berechtigen und/oder
- ohne Arbeitsgenehmigung (EU-Bürger*)

ist strafbar.

* Uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und Zypern sowie seit dem 1. Mai 2011 Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, die Slowakische Republik die Tschechische Republik und Ungarn

ID 070525



AÜG – Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

muss **immer schriftlich** sein

Verleiher

- muss darin bestätigen, dass er die Erlaubnis zur gewerbsmäßigen AÜ besitzt
- hat den Entleiher unverzüglich über den Zeitpunkt des Wegfalls der Erlaubnis zu unterrichten

Entleiher

- muss angeben, welche besonderen Merkmale die Tätigkeit des Leiharbeitnehmers hat und welche berufliche Qualifikation erforderlich ist

ID 070526



AÜ-Vertrag – Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit

Gesetzliche Fiktion:

Es entsteht ein Arbeitsverhältnis zwischen überlassenen Arbeitnehmern und Entleiher.

Folgen für den **Entleiher**:

Er muss Arbeitgeberpflichten einhalten, Lohn zahlen und wird Gesamtschuldner bzgl. Sozialabgaben, Steuern.

ID 070527



AÜG – Arbeitsschutz

Pflichten des Arbeitsschutzes obliegen Verleiher und Entleiher

Unterrichtung des Leiharbeitnehmers über:

- erforderliche Qualifikationen
- berufliche Fähigkeiten
- besondere ärztliche Überwachung
- Gefahren des Arbeitsplatzes einschließlich Schutzmaßnahmen

§ 11 Absatz 6 AÜG

ID 070528



Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)

Benachrichtigung der Fachkraft für Arbeitssicherheit und des Betriebsarztes

§ 5 Abs. 2 und § 2 Absatz 2

ID 070529



Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) und DGUV Vorschrift 1

Unterweisung durch Entleiher unter Berücksichtigung der Qualifikation und Erfahrung der LAN (arbeitsplatzspezifisch)

§ 12 Abs. 1 und 2 ArbSchG

Unterweisung nach § 12 Abs. 1 ArbSchG und deren Dokumentation und Wiederholung (mind. 1 x jährlich)

§ 4 Abs. 1 DGUV Vorschrift 1

ID 070530



Sozialgesetzbuch VII

Anzeigespflicht bei Unfällen von im Unternehmen tätigen Versicherten:

„Die Unternehmer haben Unfälle von Versicherten **in ihren Unternehmen** dem Unfallversicherungsträger anzuzeigen ...“

§ 193 Absatz 1 SGB VII

ID 070531



Zeitarbeit – Regress infolge Arbeitsunfalls (1)

- Einsatz des Leiharbeitnehmers an einer Maschine trotz fehlender Schutzabdeckung eines Kettenantriebes
- Maschine noch nicht abgenommen
- Einsatz an Maschine wegen eiliger Aufträge
- keine Unterweisung
- durch Eingriff in den Kettenantrieb Verlust der Finger der rechten Hand
- Regress gegen Firma A und den Betriebsleiter der Firma A (Entleiher)

ID 070532



Zeitarbeit – Regress infolge Arbeitsunfalls (2)

- Urteilsbegründung:
 - Inbetriebnahme trotz fehlender Sicherheitseinrichtung (wissentlich)
 - fehlende Not-Halt-Einrichtung
 - keine Unterweisung über die besonderen Gefahren (auch der unterweisende Vorarbeiter hatte keine Kenntnis davon)
 - grobe Fahrlässigkeit seitens Betriebsleiter (Entleiher) führte zum Arbeitsunfall
 - kein Mitverschulden des Geschädigten
 - kein Vorrang wirtschaftlicher Interessen des Unternehmens vor Sicherungsinteressen für die Beschäftigten

ID 070533



Zeitarbeit – Rechtsfolgen infolge Arbeitsunfalls (3)

- Strafrecht:
 - Strafbefehl wegen fahrlässiger Körperverletzung
60 Tagessätze a 150 €, verurteilt nach Berufung zu
70 Tagessätzen a 70 € gegen den Betriebsleiter
- Regress:
 - Erstattung der Aufwendungen in Höhe von ca. 50 T€ zzgl. Zinsen sowie aller noch notwendigen Aufwendungen aus Anlass des Arbeitsunfalles gesamtschuldnerisch durch Entleiher und Betriebsleiter
 - Berufung durch OLG abgelehnt
- Haftpflichtversicherung tritt nicht ein

ID 070534



Koordination von Partnerfirmen auf Baustellen

ID 070535



Koordination - Inhalt

Rechtsgrundlagen

Bestellung des Koordinators

Rechte und Pflichten des Koordinators

Baustellenkoordinator

ID 070536



Rechtsgrundlagen

§ 5 Abs. 3 DGUV Vorschrift 1
Unterstützung des Auftragnehmers

§ 8 ArbSchG
Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber

§ 6 DGUV Vorschrift 1
Zusammenarbeit mehrerer Unternehmer (§6-Koordinator!)

ID 070537



Koordinator - Bestellung

- Bestellung bei gegenseitiger Gefährdung
- Koordinator schriftlich benennen und beauftragen
- Bestellung wirkt wie eine Übertragung von Unternehmerpflichten
- Weisungsbefugnis gegenüber Besteller und Auftragnehmer und deren Beschäftigten ausdrücklich im Auftragsschreiben festlegen

Merke: Aufgaben und Befugnisse so genau wie irgend möglich formulieren!

ID 070538



Wer wird Koordinator?

- Mitarbeiter aus der mit der Planung befassten Abteilung
- Verantwortliche einer der maßgeblich beteiligten Arbeitsgruppen
- sonstige fachlich qualifizierte Mitarbeiter des Auftraggebers
- qualifizierte Mitarbeiter des Auftragnehmers Betriebsfremde
- bei genehmigungsbedürftigen Bauvorhaben auch der Bauleiter

ID 016611



Koordinator - Qualifikation

- Kenntnis einschlägiger Unfallverhütungsvorschriften, staatlicher Arbeitsschutzvorschriften sowie sonstiger sicherheitstechnischer und arbeitsmedizinischer Bestimmungen
- planerische Erfahrung bei der Abwicklung dieser oder ähnlicher Projekte
- Kenntnis der betrieblichen Organisationsstruktur
- Führungsqualitäten zur Durchsetzung des Weisungsrechtes

ID 070539



Rechte und Pflichten des Koordinators

Informationen über
Arbeitsbeginn, Ende, Ort, Personaleinsatz,
Arbeitsweise, Namen der Verantwortlichen

Rechtzeitige Aushändigung von Unterlagen
Ortsbesichtigung
Aufstellung eines Ablaufplanes
Kontrolle des Arbeitsablaufes

ID 070540



Weisungsrecht

- gegenüber dem Auftraggeber und seinen Beschäftigten
- gegenüber dem Auftragnehmer und dessen Beschäftigten

ID 070541



Pflichten des Koordinators (1)

Vermeidung möglicher gegenseitiger Gefährdungen

- Festlegung von Gefahrenbereichen
- vor Aufnahme der Arbeiten Sicherheitsmaßnahmen abstimmen
- betroffene Bereiche informieren

Abstimmung der Arbeiten der Beteiligten unabhängig von ihrer Unternehmenszugehörigkeit

ID 016613



Pflichten des Koordinators (2)

Aufstellung, Bekanntmachung und Umsetzung des Arbeitsplanes

- Wer darf bzw. muss wo, mit welcher Arbeit, unter welchen Voraussetzungen, innerhalb welcher Zeit arbeiten?
- Einhaltung des aufgestellten Arbeitsablaufplans und der Sicherheitsmaßnahmen überprüfen.
- Auftraggeber und Fremdunternehmer über Planänderungen unterrichten.
- Maßnahmen für den Störfall festlegen.
- Eventuell notwendige ergänzende Sicherheitsmaßnahmen festlegen.

ID 016614



Arbeitsablaufplan

- Ort und Zeit der Einzelarbeiten
- beteiligte Personen einschließlich der Vorgesetzten
- Zeitablauf
- besondere Voraussetzungen für die Durchführung der Arbeiten, z. B. Arbeitsplätze, Verdeckungen, Absperrungen
- spezifische Arbeitsschutzmaßnahmen
- Festlegung der Gefahrenbereiche sowie die Art ihrer Kennzeichnung
- Maßnahmen für den Störfall
- Einhaltung durch alle Beteiligten
- Kontrolle und Überwachung durch den Koordinator

ID 016615



Maßnahmen

Der Koordinator muss eingreifen,

- wenn Sicherheitsbestimmungen offensichtlich missachtet werden,
- die Mitarbeiter unvorhergesehene Situationen – in denen sie selbst oder Dritte gefährdet werden – nicht allein meistern können und
- die Fremdfirma ihrer Aufgabe offensichtlich nicht gewachsen ist.

ID 016617



Koordination nach Baustellenverordnung (BaustellV)

Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinator

SiGeKo

ID 070542



Bauherr

ist, wer die Errichtung, Änderung oder den Abbruch einer baulichen Anlage veranlasst und tatsächlich Einfluss auf das Baugeschehen hat (in der Regel der Inhaber der Baugenehmigung).

ID 070543



Bauherrenverantwortung

- Gesamtverantwortung für das Bauvorhaben und die baulichen Anlagen bzw. ihre Errichtung,
- umfassende Fürsorgepflicht für die Organisation des Bauprozesses und
- Verkehrssicherungspflicht,
- Sorge für die Einhaltung der Vorschriften (Baurecht, Arbeitsschutz, BaustellV),
- Koordination der Aufgaben und Aktivitäten der Beteiligten während des gesamten Bauablaufs.

ID 070544

SiGeKo (1)

- Unterstützung des Bauherrn bei Bauplanung und Bauausführung
- keine Befugnisse gegenüber den ausführenden Bauunternehmen
- keine Weisungsbefugnis gegenüber Beschäftigten der bauausführenden Unternehmen

SiGeKo kann bei Abweichungen vom SiGe-Plan oder bei Verstößen die verantwortlichen Arbeitgeber und den Bauherrn auf diese Verstöße hinweisen.

ID 070545

SiGeKo (2)

- Kenntnis der Arbeitsschutzvorschriften
- baufachliche Kenntnisse
- Koordinatorenkenntnisse
- berufliche Erfahrung in der Planung und Ausführung von Bauvorhaben
- unabhängig
- stets erreichbar

Der Bauherr oder sein Beauftragter ist für die Bestellung des SiGeKo verantwortlich!

ID 070546



Aufgaben des SiGeKo (1)

während der Planung des Bauvorhabens

- Koordination der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten
- Ausarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes
- Zusammenstellung einer Unterlage mit den erforderlichen, bei möglichen späteren Arbeiten an der baulichen Anlage zu berücksichtigenden Angaben zu Sicherheit und Gesundheitsschutz

ID 070547



Aufgaben des SiGeKo (2)

während der Ausführung des Bauvorhabens

- Koordination der Maßnahmen zur Anwendung der allgemeinen Grundsätze nach § 4 ArbSchG
- darauf achten, dass die Arbeitgeber und die Unternehmer ohne Beschäftigte ihre Pflichten nach der Baustellenverordnung erfüllen
- Anpassung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes bei erheblichen Änderungen in der Ausführung des Bauvorhabens
- Organisation der Zusammenarbeit der Arbeitgeber
- Überwachung der ordnungsgemäßen Anwendung der Arbeitsverfahren durch die Arbeitgeber

ID 070548

Befugnisse des SiGeKo

- Übertragung aller Befugnisse des Bauherrn als Hausherr gegenüber bauausführenden Unternehmen sinnvoll

z. B. Weisungsbefugnis, Befugnis zum Entzug des Auftrags oder Verweis von Beschäftigten eines Unternehmens von der Baustelle

Aber: Verantwortung der Arbeitgeber für Sicherheit der Beschäftigten und die Gesamtverantwortung des Bauherrn für die Sicherheit der Baustelle bleiben unabhängig davon bestehen.

ID 070549

Koordination in der Übersicht

§ 8 ArbSchG	§§ 5, 6, 7, 9 DGUV Vorschrift 1	§ 3 BaustellV
<u>Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber</u> <ul style="list-style-type: none"> • Vermeidung gegenseitiger Gefährdungen • Verpflichtung zur Zusammenarbeit • gegenseitige Information und Information der Beschäftigten über die mit der Arbeit verbundenen Gefahren für Sicherheit und Gesundheit • Abstimmung von Maßnahmen zur Verhütung dieser Gefahren • Sind Mitarbeiter des Fremdunternehmens angemessen unterwiesen? 	<u>Vergabe von Aufträgen</u> <ul style="list-style-type: none"> • schriftliche Beauftragung zur Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften • Unterstützung bei der Gefährdungsbeurteilung • Zutritts- und Aufenthaltsverbote <u>Zusammenarbeit mehrerer Unternehmer</u> <ul style="list-style-type: none"> • gegenseitige Information • Bestellung eines Koordinators • Abwehr besonderer Gefahren durch Koordinator mit Weisungsrecht <u>Gefährliche Arbeiten</u> <ul style="list-style-type: none"> • Aufsicht durch zuverlässige Person 	<u>Koordinierung</u> <ul style="list-style-type: none"> • Baustelle – Beschäftigte mehrerer Arbeitgeber • Bauherr oder beauftragter Dritter • Planungsphase • Ausführungsphase • Voraussetzungen RAB 30 • Aufgaben des Koordinators • Gefährliche Arbeiten Anhang II

ID 016619